

April 2021

Länderbericht

Multilateraler Dialog Genf

Genfer Großwetterlage

**Entwicklungen in den Genfer Internationalen Organisationen
Mitte Februar 2021 bis Ende April 2021**

Olaf Wientzek, Sarah Ultes, Katarzyna Gorgol-Mäder

Die „Genfer Großwetterlage“ wirft in unregelmäßigen Abständen einen Blick auf ausgewählte Entwicklungen der in Genf ansässigen internationalen Organisationen.

Die weltweite Schieflage bei der Verteilung von Impfstoffen gegen COVID-19 ist sowohl in WHO als auch WTO ein beherrschendes Thema. Angesichts der festgefahrenen Diskussion in der WTO sucht die neue WTO-Generaldirektorin Ngozi Okonjo-Iweala nach pragmatischen Lösungen. Ermutigt von ihrer zupackenden Art hoffen viele Beobachter auf frischen Wind und neue Impulse – auch mit Blick auf die WTO-Ministerkonferenz im Dezember.

Ein raues Klima herrschte hingegen bei der 46. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats. UN-Vertreter warnen zudem vor einer sich weiter zuspitzenden humanitären Situation weltweit. Eine wichtige Personalentscheidung in der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) wirft ihre Schatten voraus.

Kontroversen über Impfstoffverteilung

Das zentrale Thema in Genf war in den vergangenen Wochen der Zugang zu und die weltweite Verteilung von Impfstoffen gegen COVID-19. Wiederholt hatten in den vergangenen Monaten mal diplomatisch, mal eindringlich Genfer Vertreter, darunter auch die Spitzen von WHO und WTO mehr globale Solidarität angemahnt.

Hintergrund ist die stark auseinanderklaffende Versorgung mit Impfstoffen weltweit: Von rund einer Milliarde Impfdosen gingen bislang über 80% an Länder mit hohem oder höherem Einkommen, aber nur 0,2% an Länder mit niedrigem Einkommen.

Auch die COVAX-Initiative, ein globales Solidaritätsinstrument unter Führung der Impfallianz Gavi, der WHO und CEPI (Coalition for Epidemic Preparedness Innovations), die eine weltweite Impfstoffversorgung von 20% der Weltbevölkerung beabsichtigt, kommt nur langsam voran: Bis zum 26. April erhielten 120 Länder insgesamt 49 Millionen Dosen über COVAX¹. Ziel bis zum Jahresende sind 2 Milliarden Dosen geplant. Zwar zeigte sich der CEO der Impfallianz Gavi Seth Berkley zuversichtlich, dass der Rückstand aufgeholt werden könne, doch auch so ist das Ungleichgewicht der weltweiten Impfstoffverteilung erheblich – nicht zuletzt da viele ärmere Länder ihre Vakzine in erster Linie über COVAX beziehen.

Mithin steht auch die WTO im Fokus dieser Diskussion: Der so genannte "TRIPS Waiver" (*dt.: Aussetzung von Bestimmungen des TRIPS-Abkommens*) - Vorschlag von Indien und Südafrika fordert eine temporäre Lockerung des Urheberrechtsschutzes u.a. für Impfstoffe, um die Herstellungskapazität weltweit zu erhöhen. Konkret empfiehlt die Initiative, die Abschnitte 1, 4, 5 und 7 des WTO-Abkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) auszusetzen, bis es eine flächendeckende Impfung für COVID-19 gibt. Der Vorschlag, der im TRIPS-Rat der WTO diskutiert wird, wird von einer Koalition aus mehr als 100 zumeist Entwicklungsländern und mehreren nichtstaatlichen Akteuren, darunter Ärzte ohne Grenzen, unterstützt, seit er im Oktober 2020 ins Leben gerufen wurde. Hauptakteure des Welthandels - USA, EU, Kanada, Japan,

¹ Einen regelmäßigen Überblick über die verschifften Dosen finden Sie [hier](#).

Australien, Neuseeland, Singapur, Chile, Brasilien und andere stehen der Initiative skeptisch gegenüber und verweisen auf die bestehenden Flexibilitäten innerhalb des TRIPS-Rahmens.

Zuletzt stellte sich WHO-Generaldirektor Dr. Tedros immer deutlicher auf die Seite Indiens und Südafrikas und übte auch ungewohnt heftige Kritik an der pharmazeutischen Industrie – sie fokussiere sich auf lukrative bilaterale Deals zu Lasten eines globalen Solidaritätsinstruments wie COVAX.

Während der TRIPS-Waiver kein Allheilmittel für das Problem der Impfstoffknappheit ist² und die Diskussionen darüber unverändert polarisieren, setzt das Konzept selbst die Industrie und entwickelte Länder unter Druck, nach Lösungen für das Problem zu suchen. Im Gegensatz zu ihrem Amtskollegen von der WHO, vermeidet es die neue WTO-Generaldirektorin Ngozi Okonjo-Iweala bisher, in dieser höchst umstrittenen Angelegenheit Partei zu ergreifen. Gleichwohl drängt sie sowohl Mitgliedstaaten als auch Vertreter der Industrie mit großer Energie, dieses Problem anzugehen und plädiert für einen pragmatischen "dritten Weg": Bei einem Seminar mit Vertretern von Regierungen, Herstellern, der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen am 19. April forderte Okonjo-Iweala die Staaten auf, Exportbeschränkungen und Hindernisse in der Lieferkette sowie bürokratische Hürden abzubauen, während die Industrie den freiwilligen Technologietransfer verstärken und bestehende Produktionskapazitäten, wo vorhanden, neu ausrichten sollte. Die WTO stehe bereit, solche Diskussionen zu erleichtern.

Beobachter warten nun mit Spannung darauf, wie sich die USA positionieren. Die Handelsbeauftragte der USA Katherine Tai sagte im Rahmen des Workshops, dass „wir aus den Tragödien und Fehlern der Vergangenheit lernen und sie nicht wiederholen müssen“, wobei sie die aktuelle Pandemie mit der HIV/AIDS-Krise verglich, aber den Waiver nicht explizit ansprach. Es ist kein Geheimnis, dass die Biden-Administration sowohl von Gegnern als auch von Befürwortern des TRIPS-Waivers unter starkem Druck steht.

Bei der letzten Gesprächsrunde im TRIPS-Rat wirkten die Fronten verhärtet, das Thema wird jedoch auf der

Agenda bleiben. Die nächste Tagung TRIPS-Rates findet im Juni statt.

WTO – ein Berg an Herausforderungen für die neue Generaldirektorin

Neben der COVID-Krise hält eine Vielzahl ungelöster Probleme die WTO auf Trab. Die neue Generaldirektorin drängt darauf, dass die WTO zumindest einige der laufenden Arbeiten vor der Ministerkonferenz im Dezember 2021 ("MC12") erledigt. Mehrfach warnte sie vor einer Überladung der Konferenz und fordert eine pragmatische Konzentration auf einige Dossiers, in denen konkrete Ergebnisse erzielt werden könnten. Bei ihrer Antrittsrede warnte sie unverblümt davor, dass eine fortwährende Reform- und Entscheidungsmüdigkeit, zur Irrelevanz der WTO führen werde.

Priorität haben zudem die Gespräche über Fischeissubventionen, die seit über 20 Jahren laufen und bereits seit letzten Jahr abgeschlossen sein sollten. Ziel dieser Gespräche ist es, Subventionen für illegale Fischerei abzuschaffen und Beihilfen zu verbieten, die zur Überfischung beitragen. Der Text soll nun spätestens bei einem eigens einberufenen Treffen im Juli finalisiert werden.

Fortschritte erhofft man sich auch bei so genannten plurilateralen Initiativen, an denen nur ein Teil der WTO-Mitglieder teilnimmt. Erwähnenswert ist die Gemeinsame Erklärung zu inländischen Regulierungen ("domestic regulation"), an der 59 WTO-Mitglieder beteiligt sind und die darauf abzielt, Handelshemmnisse zu beseitigen, die sich aus der inländischen Regulierung von Dienstleistungen ergeben. WTO-Insidern zufolge könnte das Abkommen am Rande der Ministerkonferenz unterzeichnet werden.

Der elektronische Handel ist ein weiterer Bereich, in dem substanzielle Fortschritte gemacht werden. Im April einigte sich die Gruppe der 86 Staaten, die an der so genannten Joint Statement Initiative teilnehmen, auf Bestimmungen zu elektronischen Signaturen und Authentifizierung. Die Verhandler hoffen, noch vor der Sommerpause eine Einigung in zehn zur

² Gegner des Waivers verweisen vor allem auch darauf hin, dass der Engpass vielmehr bei fehlendem Know-How, Exportbeschränkungen und fehlenden Produktionskapazitäten

liegt. Selbst eine unmittelbare Aufhebung der Patentrechte würde mithin nicht den erhofften kurzfristigen Effekt haben, würde aber eine gefährliche Präzedenzentscheidung darstellen.

Diskussion stehenden Bereichen zu erzielen, um auf der MC 12 dann über "substantielle Fortschritte" in dieser Initiative berichten zu können.

WHO - Vorbereitung der WHA; Miss-töne über Rücknahme von Bericht

Parallel laufen in der WHO die Vorbereitungen für die Ende Mai (24.5.-1.6.) stattfindende Weltgesundheitsversammlung, dem höchste Entscheidungsorgan der WHO, auf Hochtouren. Die Agenda ist bereits jetzt zum Bersten gefüllt. Dabei wird nicht nur die Frage der Impfstoffsolidarität eine wichtige Rolle spielen.

Ein weiteres Thema wird die Frage eines ursprünglich von Chile eingebrachten, später auch von der EU aufgegriffenen und von 25 Regierungschefs und Dr. Tedros begrüßten Vorschlags³ eines Pandemievertrags sein. Ziel: unter dem Schirm der Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll dieser ermöglichen, nationale, regionale und globale Kapazitäten sowie die Widerstandsfähigkeit der Länder gegenüber künftigen Pandemien zu stärken. Experten mahnen jedoch, dass ein Pandemievertrag sich in die bestehende Regelarchitektur einfügen und nicht zu einer Schwächung der Internationalen Gesundheitsvorschriften führen dürfe. Viele Reformen könnten auch ohne einen Pandemievertrag durchgeführt werden. Dieser müsse sich auf Kernbereiche konzentrieren und dürfe nicht zu einem inkohärenten Sammelsurium von Wünschen der Mitgliedstaaten werden.

Im Mai steht auch die Vorstellung mehrerer Evaluierungsberichte zur Reaktion der WHO und ihrer Mitgliedstaaten auf die Pandemie an:

Diese Berichte sollen wichtigen Input für die Diskussion über die Reform der WHO liefern. Seit Sommer letzten Jahres haben sich eine Reihe möglicher Reformvorschläge herauskristallisiert. Dazu gehören die Einführung eines stufenartigen Warnmechanismus für künftige internationale Gesundheitsnotlagen, aber auch ein Instrument zur gegenseitigen Überprüfung der Mitgliedstaaten mit Blick auf ihre Notfallvorbereitung nach dem Vorbild des UPR-Prozesses im Menschenrechtsrat. Kontroverser blieben Forderungen nach einer Erhöhung der Pflichtbeiträge der Mitgliedstaaten und Rufe nach einer Stärkung der politischen Unabhängigkeit der WHO.

Wie wichtig gerade auch dieser letzte Punkt ist, zeigt eine seit Wochen schwelende Kontroverse über die Rücknahme eines von einem Vertreter des Venedig-Büros der WHO verfassten kritischen Berichts über die ersten Monate des Krisenmanagements Italiens im Zuge der Pandemie⁴ im Mai 2020. Motiv: vorgebliche Fehler im Bericht, aber auch Furcht vor einer Verschlechterung der Beziehungen der WHO zu Italien. Die italienische Staatsanwaltschaft ermittelt nun gegen den dafür zuständigen hochrangigen WHO-Berater, Ranieri Guerra, vor seiner Tätigkeit auch hochrangiger Beamter im italienischen Gesundheitsministerium. Pikant: In vertraulichen Nachrichten hatte Guerra behauptet, dass Generaldirektor Dr. Tedros Kenntnis von dem Vorgang hatte. Die WHO streitet dies kategorisch ab. In jedem Fall sehen sich diejenigen Stimmen bestätigt, die der WHO bei allen ihren Erfolgen im Kampf gegen COVID-19 einen zu devoten Umgang gegenüber Mitgliedstaaten vorhalten.

Zur Stärkung der politischen Unabhängigkeit der WHO werden von Beobachtern auch weitgehende Vorschläge erörtert, u.a. Stärkung der Position des Direktors für Notfälle oder die Begrenzung der Amtszeit des WHO-Generaldirektors auf eine Amtszeit. Andere Stimmen halten diese Ideen jedoch für wenig aussichtsreich.

Eine generelle Beobachtung in den vergangenen Wochen: Mit der Biden-Administration sind die Diskussionen in der WHO in sachlichere Bahnen gelenkt worden. Auf der Beteiligung Washingtons an der COVAX-Initiative ruhen nun große Hoffnungen. Die USA sind unter Biden eine konstruktive, aber auch kritische Stimme, sei es mit Blick auf ihre Kritik am Bericht der Wuhan-Mission der WHO, aber auch in ihrer Forderung nach Reformen.

Raues Klima im Menschenrechtsrat

Die Machtpolitik ist zurück! Mit der aktuellen Zusammensetzung des Rates sind wie erwartet rauere Zeiten im höchsten Gremium der UN für Menschenrechte angebrochen. Nach der Rückkehr der USA machten einige autokratische Staaten und ihre Verbündeten unmissverständlich klar: ein Zurück zum Status quo ante unter US-amerikanischer Führung ist mit ihnen nicht mehr zu haben. Die USA zeigten sich

³ <https://www.who.int/news/item/30-03-2021-global-leaders-unite-in-urgent-call-for-international-pandemic-treaty>

⁴ Mehr Details zu den Hintergründen finden Sie im [Geneva Observer](#).

selbstkritisch⁵, aber auch kämpferisch. Entsprechend politisiert gestalteten sich die Debatten auf der 46. Ratssitzung: Von Seiten autoritärer Länder kamen Anschuldigungen von unbefugter Einmischung in interne Angelegenheiten, der Vorwurf der Doppelmoral sowie direkte Angriffe auf einige Staaten des globalen Westens. Deren Vertreter initiierten wiederum Resolutionen, Plädoyers sowie gemeinsame Statements zu Ländersituationen, zu welchen lang geschwiegen wurde⁶. Rund 50% aller Resolutionen wurden erst nach einer Abstimmung angenommen und zwischenzeitlich musste nach russischer Kritik an den Sonderverfahren gar über eine Suspendierung der Ratssitzung abgestimmt werden⁷.

Die aktuelle Großwetterlage erschwert auch die Diskussion langjähriger Reformvorschläge, welche die USA nach ihrer Rückkehr erneut auf die Agenda setzten. Hierzu zählt v.a. die Abschaffung des israelkritischen so genannten Item 7 – Israel ist das einzige Land, welches Gegenstand eines eigenen Tagesordnungspunkts im Menschenrechtsrat ist. Eine Abschwächung des Item 7 konnte auf dem 46. Rat gleichwohl durch Überführung einer Resolution unter einen anderen Tagesordnungspunkt (Item 2) bereits erreicht werden.

Wie bereits auf der 29. Sondersitzung Anfang Februar wurde erneut der Militärputsch in Myanmar auf Schärfste verurteilt, obgleich sich Russland, China und Venezuela trotz jüngsten Warnungen zu "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" und "Massenmord" vom Konsens distanzieren⁸. Ein Novum fand sich in den Resolutionen zu Sri Lanka und Belarus: statt der Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission wurden dem Büro der Hochkommissarin für Menschenrechte neue, weitreichende Befugnisse übertragen, mit welchen Michelle Bachelet im Fall von Belarus mit Unterstützung einschlägiger Sachverständiger und Sonderverfahren Beweismaterial sammeln, sichern und analysieren, sowie, soweit möglich, bereits Verantwortliche ermitteln soll. Russland, Belarus und China brachten ganze 14 Änderungsvorschläge gegen den Text ein, die allesamt

abgelehnt wurden. China brachte zudem bereits zum dritten Mal innerhalb weniger Jahre eine Resolution zu vorteilhafter Kooperation ein, welche als Speerspitze des Versuches gilt, bestehende Menschenrechtsstandards aktiv umzudeuten und letztlich aufzuweichen. Besondere Kritik hierzu erging v.a. von der EU und einigen gleichgesinnten Ländern. Dennoch wurde die Resolution angenommen.

Angesichts der Auswirkungen von COVID-19 auf die Situation von Menschenrechten weltweit, warnen UN-Vertreter u.a. vor der zunehmenden Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern. Menschenrechtsbasierte Politiken, welche auch die bereits vor der Pandemie bestehenden Ursachen für strukturelle Ungleichheit, Ausgrenzung und Benachteiligung adressieren, seien der einzige Weg aus der Krise⁹.

Humanitäres System vor Überlastung

Die Gefahr von Hungersnöten in mehreren Ländern ist zurück¹⁰. Die wirtschaftlichen und sozioökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie haben diese Situation verschärft, doch bereits vor Ausbruch der Pandemie stand der humanitäre Bedarf auf einem Rekordhoch — mittlerweile ist eine von 33 Personen weltweit auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die eingehenden Hilfen halten längst nicht mehr mit den steigenden Bedarfen Schritt. Entsprechend eindringlich riefen zuletzt u.a. das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) mehrfach zur Bearbeitung der Ursachen von Konflikten und des Klimawandels auf — sei es auf der Geberkonferenz zum Jemen, zu Syrien, zur Situation in Tigray in Äthiopien oder auch auf der Woche für Humanitäre Partnerschaften (HNPW).

Auf einer virtuellen UN-Geberkonferenz zum Jemen Anfang März kamen mit 1.67 Mrd. US-Dollar erneut weniger als die Hälfte der benötigten Mittel zusammen und damit weniger als noch im Vorjahr. Guterres wie auch UN-Nothilfe Koordinator Mark Lowcock drückten ihre Enttäuschung aus, dies komme einem

⁵ Das US-Statement zu Rassismus und Polizeigewalt findet sich [hier](#).

⁶ [Finnland](#) verurteilte im Namen von 32 Staaten die Situation in Ägypten. Auch [Polen](#) kritisierte im Namen von 45 Staaten die Situation in Russland. Die [USA](#) sprach sich im Namen von 53 Staaten gegen den Missbrauch des Prinzips der Nichteinmischung bei Menschenrechtsverletzungen aus.

⁷ Die Suspendierung konnte letztlich mit 6 Ja-, 31 Nein-Stimmen sowie 9 Enthaltungen verhindert werden.

⁸ Die Konsensresolution von der 29. Sondersitzung zu Myanmar findet sich [hier](#); die vom 46. Rat [hier](#).

⁹ Der "[Call to Action for Human Rights](#)", welchen Guterres noch vor der Pandemie vorstellte, gelte hierfür als wichtige Roadmap.

¹⁰ Eine Übersicht mit aktuellen Hotspots findet sich [hier](#) und [hier](#).

Todesurteil für viele gleich. Die derzeitigen Ressourcen seien nicht ausreichend um eine Hungersnot zu verhindern¹¹.

Während einige Geber, allen voran europäische, ihre Zusagen erhöhten, gab es Einschnitte bei den größten Gebern, v.a. Saudi-Arabien und den USA¹². Letztere verwiesen auch auf die Verantwortung regionaler Akteure. Auch Lowcock betonte die besondere Verantwortung der am Konflikt direkt oder indirekt beteiligten Staaten.

Beunruhigend zeigen sich Lowcock aber auch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKR) über die humanitäre und menschenrechtliche Situation in Tigray: über zwei Millionen Menschen wurden vertrieben, ca. 4,5 Mio. sind laut Welternährungsprogramm (WFP) auf dringende Nahrungsmittelhilfe angewiesen, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt stieg zuletzt rasant an. Auch hier fehlt es an den notwendigen finanziellen Ressourcen und humanitärem Zugang.

ITU – Nachfolgekandidaten bringen sich in Stellung

In der internationalen Fernmeldeunion (ITU) beginnt bereits der Wahlkampf zur Bestimmung der neuen Leitung ab 2023. Diese Wahlen werden auf der nächsten Bevollmächtigten-Konferenz im November 2022 in Bukarest, Rumänien, stattfinden, wenn das Mandat des derzeitigen Generalsekretärs Houlin Zhao (China) endet.

Am 31. März veröffentlichte die US-Vertretung in Genf eine vom Staatssekretär Antony Blinken unterzeichnete Erklärung, in der die Unterstützung der Kandidatur von Doreen Bogdan für den Posten des ITU-Generalsekretärs angekündigt wurde. Das Interesse der US-Amerikanerin Bogdan Martin, derzeit Direktorin des Entwicklungssektors in der ITU, an dem Posten des Generalsekretärs war schon vorher bekannt, nun erhielt sie auch die formelle Unterstützung ihres Heimatlandes. Ihre Kandidatur ist ein weiteres Beispiel für ein proaktiveres Engagement der neuen US-Regierung in den Genfer Organisationen. Bogdan ist nicht die einzige offizielle Kandidatin. Der ehemalige stellvertretende russische Minister für Informations- und Kommunikationstechnologie, Rashid Ismailov, wurde bereits 2019 während des Be-

suchs von Premierminister Medwedew in Genf vorgestellt. Sein Name wurde auf dem russischen Internet Governance Forum in Aserbaidschan im April dieses Jahres öffentlich bekannt gegeben.

Außerdem soll auch der derzeitige stellvertretende Generalsekretär Malcolm Johnson (britischer Staatsbürger und ITU-Veteran, 73 Jahre alt) an dem Posten interessiert sein. Sollte der britische Kandidat bestätigt werden, könnte er auf die Unterstützung des Commonwealth zählen, während der russische Kandidat auf China und die G77 setzt. Der US-Kandidat könnte sich möglicherweise u.a. auf Stimmen aus Europa und einiger lateinamerikanischer Länder stützen.

Angesichts der Bedenken der EU gegenüber der ITU (z.B. im Bereich der Standardisierung, der von China dominiert wird), sind die ITU-Wahlen wichtig, da sie bestimmen werden, in welche Richtung sich die Organisation entwickelt.

Vermittlungsbemühungen zu Zypern

In dreitägigen informellen Gesprächen (27.-29. April) wollen die türkisch- und griechisch-zyprischen Konfliktparteien gemeinsam mit ihren Garantiemächten Türkei, Griechenland, dem Vereinigten Königreich sowie der UN mögliche Schritte für eine Wiederaufnahme offizieller Friedensverhandlungen in Genf eruieren. Vor gut vier Jahren waren die letzten Verhandlungen, welche auf die Herstellung einer föderalen Lösung abzielten, gescheitert. Die Aussichten auf einen baldigen Durchbruch werden als gering eingeschätzt.

Abrüstungskonferenz

Während eines High-Level-Panels auf der Abrüstungskonferenz Ende Februar stellte Außenminister Blinken die wichtigsten Prioritäten der Biden-Administration im Bereich Abrüstung vor. Während er nach der Verlängerung des New START-Vertrages die Bereitschaft signalisierte, mit Russland in eine strategische Stabilitätsdiskussion einzutreten, mahnte er Moskau, angesichts der Vorfälle in Syrien, bezüglich des Kremlkritikers Nawalny oder dem ehemaligen Geheimdienstoffizier Skripal die Chemiewaffenkonvention einzuhalten. Zunehmende Aufmerksamkeit

¹¹ Die Geberkonferenz zum Jemen kann [hier](#) und die anschließende Pressekonferenz [hier](#) nachgeschaut werden.

¹² Die Zusagen vom 1. März 2021 finden sich [hier](#); im Vergleich die Zusagen vom 2. Juni 2020 [hier](#).

galt jedoch v.a. Chinas "provokativem und gefährlichem Waffenentwicklungssystem"¹³. Mit Russland und China gelte es, Standards und Normen zu Sicherheit im Weltraum zu erarbeiten. Trotz dieser jüngsten Ankündigungen der USA sind konkrete Vorschläge oder Entwürfe zu Vereinbarungen über die Rüstungskontrolle im Weltraum bisher ausgeblieben. Beobachter schätzen entsprechende Aussichten auf neue Initiativen auch in diesem Jahr als eher gering ein.

Kommentar und Ausblick – Ende des "business as usual" in WTO und Menschenrechtsrat?

In den vergangenen Wochen schien in einigen Genfer Organisationen ein neuer Wind zu wehen: Das liegt am (konstruktiv-kritischen) Engagement der Biden-Administration vor allem in der WHO und im Menschenrechtsrat. Wie weit dieser trägt, muss sich indes noch zeigen: Im Menschenrechtsrat gibt es – ausgehend von China und Russland – heftigen Gegenwind gegen Initiativen der USA und anderer freiheitlich-demokratischer Länder.

Für eine frische Brise sorgt aber auch die neue WTO-Generaldirektorin: Langjährige Insider zeigen sich beeindruckt von ihrer energischen und zupackenden Herangehensweise. Gleichzeitig zeigt ihre Entscheidung, angesichts der verfahrenen Patentrechte-Diskussion im TRIPS-Rat nach kurzfristig hilfreichen pragmatischen Lösungen zu suchen, dass ihr Vorhaben, den Mehrwert der WTO wieder greifbarer zu

machen, kein Lippenbekenntnis ist. Natürlich wird auch sie um den politischen Willen der Mitgliedstaaten werben müssen, doch scheint sie gewillt zu sein, mehr Druck auf diese auszuüben als ihr Vorgänger. Zumindest in den ersten anderthalb Monaten ihrer Amtszeit scheint Okonjo-Iweala ihre Ankündigung, es könne kein "business as usual" mehr geben, in die Tat umsetzen zu wollen. Es bleibt auch zu hoffen, dass die neue WTO-Leitung in ihrem Elan nicht von den Beharrungskräften, die Fortschritte in wichtigen Dossiers in der Vergangenheit blockiert haben, frustriert wird. Die nächsten Tests sind der Abschluss der Verhandlungen zur Reduzierung schädlicher Fischeisreisubventionen und die Ministerkonferenz im Dezember.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Olaf Wientzek

Leiter Multilateraler Dialog Genf

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

olaf.wientzek@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)

¹³ Eine Aufzeichnung des gesamten High-Level-Panels findet sich [hier](#).